

Bund steckt Milliarden in Bahn-Ausbau

VERKEHR Die Erweiterung der Knotenpunkte Mannheim, Frankfurt und München soll Züge pünktlicher machen. Geld gibt es auch für Stuttgart—Nürnberg. *Von Dieter Keller*

Weniger Engpässe und mehr Kapazitäten auf der Schiene sollen das Bahnfahren attraktiver machen. Dazu hat Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer (CSU) 29 Projekte zum Ausbau des Schienennetzes in die höchste Dringlichkeitsstufe „vordringlicher Bedarf“ des Bundesverkehrswegeplans hochgestuft. Damit soll ihre Finanzierung gesichert sein. Jetzt kann mit der konkreten Planung begonnen werden. Bis wirklich gebaut wird, dürften allerdings Jahre vergehen.

Um bis 2030 den „Deutschlandtakt“ starten und die Zahl der Fahrgäste verdoppeln zu können, soll unter anderem massiv in sechs große Verkehrsknoten investiert werden: Neben Mannheim, München und Frankfurt sind das Köln, Hamburg und Hannover. Hinzu kommen 22 Neu- und Ausbauprojekte sowie bundesweit zahlreiche kleinere Projekte. Dafür stehen 6,35 Milliarden Euro zur Verfügung. Die Pläne seien „solide finanziert“, sagte Scheuer.

In Baden-Württemberg sind 255 Millionen Euro für den Ausbau der Strecke von Stuttgart nach Nürnberg vorgesehen. Dafür soll die Variante über Backnang gewählt werden, weil sie kürzer ist, und nicht die über Schwäbisch Gmünd und Aalen. Ziel ist es, mit Neigetechnikzügen 160 Kilometer pro Stunde zu fahren. In Baden soll die Strecke von Kehl nach Appenweier ausgebaut werden. Aufwändigstes Projekt im Südwesten ist der Ausbau des Bahnknotens Mannheim, für den über eine Milliarde Euro vorgesehen sind.

Bei allen hochgestuften Projekten hat die genauere Planung durch Experten ergeben, dass der volkswirtschaftliche Nutzen höher ist als die Kosten. Der Deutschland-Takt soll besser abgestimmte Umsteigeverbindungen bringen. Auch der Nahverkehr soll vom Tempogewinn durch die teuren Neubaustrecken profitieren. Zudem soll es weniger Verspätungen geben.

Bis zur Realisierung werde es noch erhebliche Probleme und Diskussionen geben, dämpfte Scheuer zu hohe Erwartungen. Die Bürger sollten früh eingezogen werden.